Pressemitteilung der Union Luxembourgeoise des Consommateurs

(Lëtzebuerger Konsumenteschutz)

Die ULC fordert ein stärkeres Engagement für den Erhalt der Bank- und Postfilialen

Die ULC bedauert, dass während der vergangenen Jahre bei den Banken und der Post immer mehr Zweigstellen den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen sind.

Deshalb weist die ULC im Vorfeld der in Kürze stattfindenden Gemeindewahlen und den im Herbst stattfindenden Chamberwahlen auf eine ihrer für die Kunden wichtige Forderung an die verschiedenen Parteien hin.

Denn auch wenn es derzeit etwas ruhiger um den Abbau der Zweigstellen zugeht, so ist nach den Wahlen ein verstärkter Abbau der Bank- und Postfilialen in den verschiedenen Gemeinden zu befürchten.

Die ULC ist sich natürlich bewusst, dass die jeweiligen Entscheidungen in den einzelnen Chefetagen der Banken getroffen werden, ob und wo es zur Schließung einer Bank- und Postfiliale kommt. Trotz allem fordert die ULC auch die zukünftigen Gemeinderatsmitglieder auf, ihr Engagement und ihren Druck auf die Banken und die Post für den Erhalt der jeweiligen Filialen zu verstärken.

Denn auch wenn von der „mobilen Zweigstelle“, wie zum Beispiel von der Sparkasse, im Laufe der Woche verschiedene Ortschaften bedient werden, bedeutet dies, dass dort, wo früher eine Bank- und Postfiliale war, jetzt lediglich an einem Tag der Woche, und dies auch nur während einer kurzen Zeitspanne, die gängigen Bankgeschäfte erledigt werden können.

Es ist kein Zufall, dass vor allem ältere, aber auch jüngere Kunden bei der mobilen Zweigstelle vorstellig werden, insbesondere, um Bargeld abzuheben oder Überweisungen zu tätigen.

Aber genau hier liegt das Problem. Vor allem die ältere Kundschaft hat oft Schwierigkeiten mit dem Online-Banking und ist nach wie vor auf die Hilfe von Schalterbeamten oder auf die Hilfe von Familienmitgliedern oder Freunden angewiesen. Zudem fielen auch manche Bankautomaten den Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer.

Während der Pandemie hat sich diese Entwicklung eher beschleunigt und es ist zu befürchten, dass es in den kommenden Jahren zu einem weiteren Abbau der Bank- und Postfilialen kommen wird. Damit verschwindet immer mehr die Möglichkeit, im nahen Umfeld an Bargeld zu kommen beziehungsweise Überweisungen zu tätigen.

Gegen diese unsoziale Entwicklung und Rationalisierungsmaßnahmen protestiert die ULC aufs Heftigste. Denn ein weiterer Abbau der Filialen trägt ebenfalls zu einer Verminderung der sozialen Kontakte und Verödung der Ortschaften bei.

Bedenklich ist auch, dass es vermehrt, sogenannte Neo-Banken gibt, die über gar keine Schalter mehr verfügen. Es ist dies eine Politik ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bankkunden. Die ULC hat bereits vor Jahren gesetzliche Regelungen gefordert.

Schlussfolgernd erneuert die ULC ihre Forderung an die Banken und die Post, von einem weiteren Abbau ihrer Filialen abzusehen. Darüber hinaus muss die Politik die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit den Kunden in jeder Gemeinde der Zugang zu ihren Bank- und Postfilialen erhalten bleibt.

Mitgeteilt von der ULC am 25. Mai 2023